

Absender:
SPD-Wahlkreisbüro Sabrina Repp, MdEP, Doberaner Straße 6, 18057 Rostock

17.07. 2025

Sabrina Repp, MdEP

Büro Brüssel
Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
12G242
60, rue Wiertz
B-1047 Bruxelles/Brussel

Büroleitung:
Arzu Mouchtar
Tel.: +32 228 45783
Mail: sabrina.repp@europarl.europa.eu

Wahlkreisbüro Rostock
Sabrina Repp
SPD-Wahlkreisbüro
Doberaner Str. 6
18057 Rostock

Büroleitung:
Anne Niekrenz
Tel.: +49 (0)1573 4451906
Mail: kontakt@sabrina-repp.eu

Web:
www.sabrina-repp.eu

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, 17. Juli 2025

Europaabgeordnete Sabrina Repp (SPD): Vorschläge der EU-Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen nicht zustimmungsfähig – Mecklenburg-Vorpommern besonders betroffen

Zu den aktuellen Vorschlägen der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 erklärt die SPD-Europaabgeordnete Sabrina Repp:

„Die Kommission schlägt einen radikalen Umbau der europäischen Regionalförderung vor – in dieser Form sind die Pläne nicht zustimmungsfähig. Sie gefährden die Grundpfeiler der Kohäsionspolitik, untergraben die Eigenständigkeit der Regionen und ignorieren deren klar artikulierte Positionen.“

Insbesondere die geplante Zentralisierung über sogenannte „Partnerschaftspläne“ je Mitgliedstaat, in denen Kohäsions- und Agrarförderung künftig zusammengeführt werden sollen, sieht Repp kritisch. Nationale Regierungen erhielten damit deutlich mehr Einfluss auf die Verteilung von EU-Mitteln – auf Kosten der Regionen. Damit werde die bewährte geteilte Mittelverwaltung zwischen EU, Mitgliedstaaten und Regionen aufgeweicht.

„Diese Zentralisierung lehnen wir klar ab – langfristige Projekte und strukturschwache Regionen geraten ins Hintertreffen. Wenn Förderentscheidungen künftig in den Hauptstädten und nicht mehr vor Ort getroffen werden, droht ein Rückfall in nationale Haushaltslogiken.“

Zudem werde die Kohäsionspolitik in ihrer bisherigen Form faktisch entkernt. Die Kommission beabsichtigt, Mittel künftig gezielt auf „weniger entwickelte Regionen“ zu konzentrieren – ein scheinbar sinnvolles Ziel, das jedoch in der Praxis fatale Folgen haben könnte: Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern, die zwar nicht mehr unter die EU-Definition der „weniger entwickelten Regionen“ fallen, aber weiterhin mit massiven strukturellen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen haben, könnten künftig weitgehend leer ausgehen.

„Für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind die Vorschläge brandgefährlich. Ohne gezielte Kohäsionsmittel drohen massive Einschnitte bei Bildungsangeboten, Mobilitätsprojekten, der Förderung des Mittelstands

oder dem sozialen Zusammenhalt. Kommunale Initiativen, Jugendprojekte, soziale Träger – all das steht auf dem Spiel.“

Laut Repp würden zentrale Fördertöpfe wie der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) im Rahmen der neuen Struktur faktisch aufgelöst oder unsichtbar gemacht. Damit entfalle die klare Zweckbindung für soziale Projekte, etwa in der Jugend- und Beschäftigungsförderung. Auch ländliche Räume würden im neuen Vorschlag allenfalls als Randthema im Kontext der Agrarpolitik erwähnt – ein echtes Konzept zur gleichwertigen Entwicklung, etwa über Infrastruktur-, Nahverkehrs- oder LEADER-Programme, fehle völlig.

Die SPD-Abgeordnete fordert eine grundlegende Überarbeitung des Vorschlags – mit echter Beteiligung des Europäischen Parlaments und der Regionen:

„Europa lebt von der Vielfalt seiner Regionen. Mecklenburg-Vorpommern braucht keine Einheitsfonds aus Brüssel oder Berlin, sondern gezielte, verlässliche europäische Solidarität. Wir stehen zur Kohäsionspolitik als eigenständigem Politikbereich – nicht als Anhängsel nationaler Pläne.“

Die Zeit dränge, betont Repp. Noch in diesem Jahr müsse ein breiter Dialog zwischen Kommission, Parlament, Mitgliedstaaten und Regionen beginnen. Nur so könne sichergestellt werden, dass der nächste MFR den europäischen Zusammenhalt stärkt – und nicht spaltet.